

Eine Zweimilliardenanleihe.

Der Budgetausschuß hat heute die (gestern eingebrachte) Vorlage über die Führung des Staatshaushalts vom 1. Juli bis 31. Dezember erledigt. Die Vorlage besteht im Wesen darin, daß die Regierung ermächtigt wird, die Mittel für alle durch normale Staatseinnahmen nicht bedeckten Staatsausgaben bis zum Betrag von zweitausend Millionen Kronen in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember durch Kreditoperationen zu beschaffen. Diese Kredithöhe entspricht, wie die Begründung sagt,

dem Abgang, der sich nach dem gegenwärtigen Stande der Voranschlagsarbeiten schätzungsweise aus der Staatshaushaltsführung in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919 ergeben dürfte und der im Wege von Kreditoperationen bedeckt werden muß. Die Finanzverwaltung erbittet sich nur, umgerechnet die Kreditermächtigung in einer solchen Höhe für die deutschösterreichischen Verhältnisse enormen Höhe. Sie ist sich bewußt, daß die Ausbringung einer solchen Summe im Wege regulärer Kreditoperationen selbst beim gegenwärtigen Zustand der Inflation des Geldweins nicht gesichert ist, und daß daher mit der Eventualität einer weiteren Inanspruchnahme der Notenpresse oder aber einer indirekten Inanspruchnahme der Notenbank gerechnet werden muß, wodurch die Führung einer wirksamen Notenbankpolitik auf lange Zeit hinaus ausgeschlossen und die Währung, deren Fehung und Besserung eine der wichtigsten Voraussetzungen einer Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens und des Abbaues der Preise bildet, neuerlich geschädigt wird. Schon aus Rücksichten der Währung und des Staatskredits muß daher ganz entschieden auf eine weitgehende Beschränkung der Ausgaben und ihre Deckung durch definitive Einnahmen mit allen Mitteln hingearbeitet werden. Vorläufig muß

leider mit einem Abgang in der oben angedeuteten enormen Höhe gerechnet und dessen Bedeckung im Wege von Kreditoperationen als unvermeidlich angesehen werden.

Das klingt weder sehr erfreulich, noch schaut es nach besonderem Tiefstadium aus, immerwährend noch neue Banknoten zu drucken und auf den übervollen Markt zu werfen. Auf die kritischen Bemerkungen im Ausschuß (Schiegl, Kraft, Wutte, Eisler, Wader, Kollmann) antwortete Staatssekretär Dr. Schumpeter:

Wenn die Nerven und das Wirtschaftsleben wiederhergestellt sind, ist der Moment, energisch auf die finanzielle Korrektheit zu dringen. Der Ansicht, daß, wenn wir so weiter arbeiten, das Defizit größer sein und die Situation in kürzester Zeit überhaupt unhaltbar werden wird, stimme ich zu. So weiter wirtschaften bedeutet nicht nur den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch, sondern auch den sozialen. Macht der Staat Bankrott, so wird auch eine soziale Katastrophe folgen. Aber der Abbau der Organe des Staates würde finanziell nicht so außerordentlich ins Gewicht fallen. Die Ausgaben, die ins Gewicht fallen, sind die, die unter dem Druck sachlicher oder politischer Notwendigkeit gemacht werden. Die Beamten, bei denen die Reduktion der Zahl verlangt wird, bemühen sich gewissenhaft und sachkundig, die täglichen Geschäfte, die ins Unendliche steigen, zu erledigen. Die ganz geängstigte Bevölkerung flüchtet sich zu den Behörden. Wir können sie nicht einfach abweisen, wir müssen raten und helfen. Sicher ist, daß eine Wirtschaft, die nicht arbeitet, wo die Industrie vom Staate gestützt werden muß, nicht haltbar ist. Wir müssen ihr jetzt helfen, um über den toten Punkt hinauszukommen. Aber damit muß sehr schnell ein Ende gemacht werden. Es werden uns vielfach die Konzeptionen finanzieller Art vorgeworfen, die wir machen. Man kann sich aber unmöglich dem Argument verschließen, daß in einer Situation, die so lange zwischen München und Budapest aufrecht erhalten wurde, diejenigen, die sie aufrecht erhalten haben, ein gewisses Maß von Anerkennung verdienen. Wir müssen natürlich in möglichst produktiver Weise für die Arbeitslosen sorgen, aber es geht nur schrittweise. Solange die Arbeitslosigkeit nicht zurückgegangen ist, muß den Leuten geholfen werden. Schneidigkeit gegen die Massen zu zeigen, ist leicht gesagt. Man muß sich aber doch fragen, ob blaue Bohnen der Regierungsweisheit letzter Schluss sind.

Die Frage, wie wir die zwei Milliarden und was noch mehr sein wird, finanzieren werden, wäre ganz anders zu beantworten, wenn wir unter normalen Umständen lebten. Heute haben wir, rein wirtschaftlich genommen, einen sehr flüssigen Geldmarkt, in dem die Industrie darniederliegt und private Gelder sehr liquid sind. Sie werden dem Staate, der Industrie und auch den Banken gegenwärtig wegen der lähmenden Furcht vor Unruhen und zu geringer Entschiedenheit der Regierung — wie es sich die einzelnen Kapitalisten zurecht legen — nicht zur Verfügung gestellt. Die Abschöpfung der freiwerdenden Notenmengen durch diskontierbare Schatzwechsel würde uns für die nächsten Monate das Notwendigste liefern und nicht nur die dringendsten Bedürfnisse des Staates befriedigen, sondern auch die finanzielle Flottmachung der Industrie, die unvermeidlich ist, ermöglichen. Aber auch dieser Mechanismus funktioniert nur bei halbwegs ruhigen sozialen Zuständen. Die Vermögensabgabe wird den ganzen durch die Noteninflation hervorgerufenen Prozeß bremsen. Sie soll entriert werden, sowie wir uns klar geworden sind, daß bei den Friedensbedingungen die Vermögensabgabe noch ein geeignetes Mittel der Finanzpolitik ist.

Was das Abkommen mit der Gemeinde Wien betrifft (was Herr Wutte bemängelt hatte), habe ich nichts anderes zugesichert, als daß ich für dieses Abkommen eintreten werde. Der Vorgang, daß die Gemeinde Wien mit dem Staatsamt über die Finanzlage Wiens beraten habe, ist mir korrekt und ich habe es als meine Pflicht betrachtet, an einer solchen Beratung nach besten Kräften mitzuwirken. Formell ist nichts anderes geschehen, als daß die Zustimmung gegeben werde, für das Abkommen einzutreten. In sachlicher Beziehung erscheint das Uebereinkommen mit der Gemeinde Wien glücklicherweise, denn es ist gelungen, zu verhindern, daß ein Stein nach dem anderen aus dem Gebäude der Organisation des Staates gebrochen wird.

Was die Finanzierung der Lebensmittel- und Rohstoffbezüge betrifft, ist unsere Zukunft gewiß eine sehr ernste, denn wir befinden uns wirklich sozusagen in der Lage eines Bettlers, der seine Drehorgel — das heißt in unserem Falle unser Kapital — hergibt, um sich eine Mahlzeit zu beschaffen. Wer aber hätte den Mut, einem hungernden Volke zu sagen, daß dies mit Rücksicht auf die Gestaltung unserer Lage in der Zukunft nicht geschehen darf? Es ist auch richtig, daß eine großzügige Kreditpolitik nur bei Eintritt der Beruhigung und bei Rückkehr des Vertrauens in die Zukunft unseres Staates möglich ist. Die ganze Politik, die die Regierung jetzt macht, ist eben nur aus dem Titel der Übergangswirtschaft zu rechtfertigen.

Die Vorlage wurde im Ausschuß unverändert angenommen; beschlossen wurde, der Staatssekretär habe der Nationalversammlung über alle getroffenen Maßnahmen mindestens vierteljährlich in Sammelreferaten zu berichten.